

Approved For Release 2008/01/18 : CIA-RDP83-00418R007300140001-4

**Page Denied**

Approved For Release 2008/01/18 : CIA-RDP83-00418R007300140001-4

PROCESSING COPY

3018971

14

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

25X1

CONFIDENTIAL

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Ministry of Coal and Power Bulletins

DATE DISTR. 16 November 1956

NO. PAGES 2

REQUIREMENT NO. RD

REFERENCES

25X1

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ.

This is UNEVALUATED Information 25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

[redacted] two Ministry of Coal and Power bulletins. 25X1  
The material comprises the following:

1. Bulletin, dated 13 March 1956, with the following index:
  - a. Organization
  - b. Directives of the Chief of the Commission for Industry and Traffic
  - c. Work and professional training
  - d. Investments
  - e. Export matters
  - f. Material supply
  - g. Finance
  - h. Legal matters and general contract system
  - i. Miscellaneous
2. Bulletin, dated 25 March 1956, with the following index:
  - a. The principle of personal responsibility
  - b. The principle of management by the individual (Einzelleitung)
  - c. Methodology of work

14

CONFIDENTIAL

STATE	X ARMY	X NAVY	X AIR	X FBI	AEC				
-------	--------	--------	-------	-------	-----	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

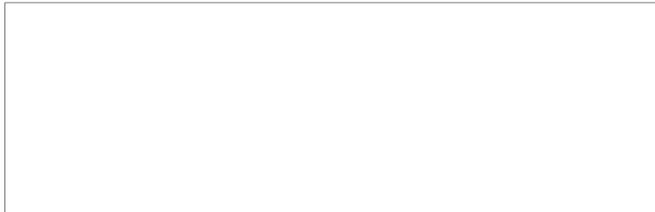
CONFIDENTIAL

- 2 -



25X1

- d. Organization of work
- e. Conduct of business
- f. Security and watchfulness



25X1

CONFIDENTIAL

# Verfügungen und Mitteilungen

## des Ministeriums für Kohle und Energie

V. u. M.

Berlin, den 13. März 1956

Heft Nr. 1

### INHALT

	Seite		Seite
<b>I. Organisation</b>		<b>V. Exportfragen</b>	
1. Das neue Ministerium für Kohle und Energie .....	1	10. Maßnahmen zur Sicherung des Exports von Erzeugnissen der Deutschen Demokratischen Republik .....	9
2. Anordnung über die Zuständigkeit des Ministers für Kohle und Energie, seiner Stellvertreter und der Leiter der Hauptverwaltungen .....	2	<b>VI. Materialversorgung</b>	
3. Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kohle und Energie .....	3	11. Verstärkung der Schrottbergung in den Gruben und Tagebauen .....	9
4. Berufungen und Abberufungen .....	4	12. Mehr Aufmerksamkeit der Erfassung von Materialreserven .....	9
5. Anordnung über die Änderung der Zuordnung der Berliner Gaswerke .....	5	<b>VII. Finanzen</b>	
<b>II. Verfügungen des Leiters der Kommission für Industrie und Verkehr</b>		13. Behandlung des Sachvermögens der Sozialversicherung .....	10
6. Einführung des Wirtschaftszweiglohngruppenkataloges in den Betrieben der Hauptverwaltung Steinkohle .....	5	<b>VIII. Rechtsfragen und Allgemeines Vertragssystem</b>	
7. Maßnahmen zur Verbesserung des Blindleistungshaushaltes und der Spannung im Verbundnetz der Republik .....	5	14. Abgrenzung der Zuständigkeit von Gerichten und Staatlichem Vertragsgericht .....	10
<b>III. Arbeit und Berufsausbildung</b>		15. Die der volkseigenen Wirtschaft gleichgestellten Organe (§ 1 VVO) .....	10
8. Richtlinie über den Abschluß von Einzelverträgen .....	6	16. Behandlung der Verträge für 1955 .....	11
<b>IV. Investitionen</b>		17. Widerrechtliche Entnahme von Energie .....	11
9. Anweisung über die Vorbereitung und Durchführung der Investitionen der Kohlenindustrie .....	7	<b>IX. Sonstiges</b>	
		18. Druckfehlerberichtigungen .....	11
		19. Buchempfehlungen .....	11
		20. Sonstige Empfehlungen .....	11

### I. Organisation

#### 1. Das neue Ministerium für Kohle und Energie

Durch Beschluß des Ministerrates von 24. November 1955 über die Veränderung der Struktur des Regierungsapparates (GBl. 1956 I S. 1) ist das Ministerium für Schwerindustrie in drei Ministerien aufgeteilt worden, und zwar in

- das Ministerium für Kohle und Energie,
- das Ministerium für Berg- und Hüttenwesen,
- das Ministerium für Chemische Industrie.

Die drei neuen Ministerien haben ihre Tätigkeit am 1. Dezember 1955 aufgenommen.

Die genannten Ministerien sind Rechtsnachfolger des früheren Ministeriums für Schwerindustrie hinsichtlich derjenigen rechtlichen Vorgänge, die sich ausschließlich oder überwiegend auf den betreffenden Produktionsbereich des früheren Ministeriums für Schwerindustrie bezogen.

Dem Ministerium für Kohle und Energie sind die Betriebe der Kohlenindustrie und der Energiewirtschaft sowie die Betriebe zur Herstellung flüssiger Brennstoffe unterstellt.

Die oberste Leitung des Ministeriums wird ausgeübt durch

- den Minister, Herrn Richard Goschütz,
- den Staatssekretär und Ersten Stellvertreter des Ministers für den Bereich Projektierung und Bau von Anlagen der Kohlenindustrie, Herrn Johannes Kier,
- den Stellvertreter des Ministers für den Bereich Energie, Herrn Wolf Jeczmlonka,
- den Stellvertreter des Ministers für den Bereich Kohle und Kohlwertstoffe, Herrn Werner Pech.

Der zentrale Apparat des Ministeriums besteht aus folgenden Zentralen Hauptabteilungen und Abteilungen:

**Hauptabteilung Planung** mit den Abteilungen Planung, Investitionen und Materialversorgung,

**Hauptabteilung Kommerzielle Angelegenheiten** mit Absatzabteilung Kohle und Kohlewertstoffe, Hauptreferat Verkehr,

**Hauptbuchhalter und Revision** mit Hauptreferaten Preise, Finanzen, Handel-Finanzen,

**Kaderabteilung,**

**Abteilung Arbeit,**

**Rechts- und Vertragsschiedsstelle,**

**Abteilung Haushalt** mit Allgemeiner Verwaltung.

Die unmittelbare Leitung, Anleitung und Kontrolle der unterstellten Betriebe und sonstigen Institutionen obliegt grundsätzlich den Leitern der sechs Hauptverwaltungen.

Diese Hauptverwaltungen sind:

- HV Steinkohle,
- HV Braunkohle,
- HV Kohlewertstoffe,
- HV Anlagenbau,
- HV Elektroenergie,
- HV Gas,

Der Hauptverwaltung Anlagenbau ist die Anleitung, Koordinierung und Kontrolle folgender Betriebe übertragen:

1. VEB Kohleanlagen, Leipzig,
2. VEB Projektierungs-, Konstruktions- und Montagebüro Kohleverarbeitung (PKM), Leipzig,
3. VEB Aufbauleitung Kombinat Schwarze Pumpe,
4. VEB Montan, Leipzig,
5. VEB Bohrbetrieb Hohenturm.

Von den sonstigen Institutionen der Schwerindustrie sind dem Ministerium für Kohle und Energie zugeordnet:

- a) die Revierleitungen (VVB der Kohlenindustrie) Borna, Halle und Senftenberg,
- b) die Technische Bergbauinspektion der Republik,
- c) die Zentralstelle für Wärmewirtschaft,
- d) die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen und das Gasschutzwesen,
- e) die Deutsche Handelszentrale Kohle,
- f) VEB Minol, Berlin,
- g) der VEB Projektierungs- und Konstruktionsbüro Kohle (PKB), Berlin-Weißensee,
- h) der VEB Energieprojektierung, Berlin,
- i) die Versuchsstrecke Freiberg,
- k) die Bergbauingenieurschulen in Senftenberg und Zwickau,
- l) die Fachschulen für Energie in Zittau und Marktleberg,
- m) das Staatliche Torfinstitut, Rostock
- n) das Institut für Energetik, Halle/Saale,

Die Aufgaben des früheren Ministeriums für Schwerindustrie als oberste Bergbaubehörde der Republik sind ebenfalls auf das Ministerium für Kohle und Energie übergegangen.

## 2. Anordnung über die Zuständigkeit des Ministers für Kohle und Energie, seiner Stellvertreter und der Leiter der Hauptverwaltungen

Vom 22. Dezember 1955

Auf Grund des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 24. November 1955 über die Umbildung des Ministeriums für Schwerindustrie werden Zuständigkeit und Verantwortungsbereiche der Organe der Leitung des Ministeriums für Kohle und Energie wie folgt festgelegt:

### I.

- (1) Der Minister für Kohle und Energie leitet das Ministerium gemäß Artikel 98 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und nach §§ 1 und 8 des Gesetzes vom 18. November 1954 über den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 918). Er trägt somit die gesamte

Verantwortung für die Tätigkeit des Ministeriums sowie der ihm unterstellten Betriebe und nachgeordneten Institutionen gegenüber dem Ministerrat und der Volkammer. Als Mitglied des Ministerrates ist er auch für die gesamte Arbeit des Ministerrates voll verantwortlich.

- (2) Der Minister vertritt Vorlagen des Ministeriums für Kohle und Energie im Ministerrat.
- (3) Der Minister ist allein berechtigt, das Ministerium bindende Erklärungen gegenüber dem Ministerrat, der Kommission für Industrie und Verkehr oder einzelnen Ministerien abzugeben.

### II.

- (1) Dem Minister sind die Zentralen Hauptabteilungen und Abteilungen sowie die Technische Bergbauinspektion unmittelbar unterstellt.
- (2) Dem Minister ist die Entscheidung in allen grundsätzlichen Fragen vorbehalten, welche die Struktur, den Stellenplan, den Geschäftsverteilungsplan, den Arbeitsplan, den Volkswirtschaftsplan und den Haushaltsplan des Ministeriums betreffen. Er entscheidet insbesondere über
  - a) im Ministerrat oder in der Kommission für Industrie und Verkehr einzubringende Vorlagen und für den Gesamtbereich des Ministeriums zu erlassende sonstige Vorschriften,
  - b) die Besetzung der leitenden Funktionen im Ministerium vom Abteilungsleiter aufwärts mit Ausnahme der Stellvertreter des Ministers und der Leiter der Hauptverwaltungen,
  - c) die Berufung und Abberufung
    - aa) der Direktoren der Betriebe mit mehr als 5000 Beschäftigten und ihrer Stellvertreter,
    - bb) der Direktoren der Zentralen Leitung der Deutschen Handelszentrale Kohle und des VEB Minol sowie ihrer Stellvertreter,
    - cc) der Direktoren der Institute und Projektierungsbüros,
    - dd) der Leiter der Fachschulen,
  - d) die Planvorschläge des Ministeriums sowie über Änderungen des Volkswirtschaftsplanes und des Haushaltsplanes des Ministeriums, die der Zustimmung der Staatlichen Plankommission bzw. des Ministeriums der Finanzen bedürfen,
  - e) die Statuten der unterstellten Betriebe und sonstigen Institutionen,
  - f) die Gründung neuer Betriebe und sonstiger Institutionen nach Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium der Finanzen,
  - g) die Verwendung der Mittel des zentralen Fonds, soweit diese Befugnis vom Minister nicht auf andere Verfügungsberechtigte übertragen ist.
- (3) Der Minister bestätigt die Entscheidungen der Vertragsschiedsstelle des Ministeriums.

### III.

- (1) Auf Grund und in Durchführung der Gesetze der Volkammer sowie der Verordnungen und sonstigen Beschlüsse erläßt der Minister Preisanordnungen, Anordnungen, Anweisungen und Verfügungen.
- (2) Preisanordnungen werden im Gesetzblatt Teil I, Anordnungen im Gesetzblatt Teil II veröffentlicht. Anweisungen werden in der Regel in den „Verfügungen“ und Mitteilungen des Ministeriums für Kohle und Energie“ bekanntgegeben. Verfügungen richten sich an einzelne leitende Funktionäre des Ministeriums sowie der ihm unterstellten Betriebe und sonstigen Institutionen.

### IV.

- (1) Der Staatssekretär und Erste Stellvertreter des Ministers vertritt den Minister bei dessen Abwesenheit. Für diese Zeit stehen ihm die Befugnisse nach Ziffer I Absatz 2 und 3 sowie nach Ziffer II und III zu.
- (2) Sind der Minister und Staatssekretär gleichzeitig mehr als 3 Tage abwesend, so hat, wenn nicht vor-

her ein anderer Stellvertreter beauftragt wurde, der Stellvertreter des Ministers für den Bereich Energie die Geschäfte des Ministers zu führen.

#### V.

- (1) Die Stellvertreter des Ministers
  - a) für den Produktionsbereich Energie,
  - b) für den Produktionsbereich Kohle und Kohlewertstoffe,
  - c) für den Bereich Forschung, Projektierung und Bau von Anlagen der Kohlenindustrie
 vertreten den Minister in ihrem Bereich in allen Fragen, soweit die Entscheidung hierüber nicht nach Ziffern I bis III dem Minister vorbehalten ist,
- (2) Die Stellvertreter des Ministers üben die Anleitung, Koordinierung und Kontrolle der Tätigkeit der ihnen unterstellten Hauptverwaltungen aus und sind berechtigt, innerhalb ihres Bereiches Anweisungen und Verfügungen zu erlassen.
- (3) In ihrem Bereich haben die Stellvertreter des Ministers insbesondere folgende Befugnisse und Pflichten:
  - a) Entscheidungen in Personalfragen, soweit hierdurch nicht die Zuständigkeit des Ministers gemäß Ziffer II, Absatz 3, berührt wird,
  - b) Berufungen und Abberufungen der Werkdirektoren und Werkleiter der Betriebe und ihrer Stellvertreter, soweit deren Berufung nicht nach Ziffer II, Absatz 3, durch den Minister erfolgt,
  - c) Koordinierung der Planvorschläge sämtlicher Plantteile der Hauptverwaltungen ihres Bereiches,
  - d) laufende Kontrolle der Plandurchführung,
  - e) Bestätigung von Studienprojekten sowie von Vorprojekten und Projekten für Planschwerpunkte,
  - f) Entscheidung über die Umsetzung von Mitteln des Lohnfonds gemäß Beschluß des Ministerrates vom 5. März 1953 über Maßnahmen zur Verbesserung der Verwendung und Abrechnung der Lohnsummen in den Betrieben der sozialistischen Wirtschaft (GBl. S. 403),
  - g) Sicherung der Zusammenarbeit der Leiter der Hauptverwaltungen ihres Bereiches und Entscheidung in Zweifelsfragen.

#### VI.

Dem Stellvertreter des Ministers für den Produktionsbereich Kohle und Kohlewertstoffe untersteht unmittelbar die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen und das Gasschutzwesen,

dem Stellvertreter des Ministers für den Bereich Forschung, Projektierung und Bau von Anlagen der Kohlenindustrie der VEB Projektierungs-Konstruktionsbüro Kohle (PKB) in Berlin,

dem Stellvertreter des Ministers für den Produktionsbereich Energie der VEB Energieprojektierung in Berlin.

#### VII.

- (1) Die Leiter der Hauptverwaltungen sind für die gesamte Tätigkeit der ihnen unterstellten Hauptverwaltungen und der in ihrem Industriezweig zusammengeschlossenen Betriebe verantwortlich.
- (2) Insbesondere haben die Hauptverwaltungsleiter folgende Befugnisse:
  - a) Genehmigung des Abschlusses von Einzelverträgen, soweit sich die vereinbarten Gehälter im Rahmen der zuständigen I-Gruppen halten,
  - b) Festlegung der Struktur- und Stellenpläne ihres Verantwortungsbereiches,
  - c) Einführung von Prämien-Lohnsystemen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen. In grundsätzlichen Fragen ist Einverständnis mit dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung herbeizuführen,
  - d) Bestätigung der Pläne der unterstellten Betriebe,
  - e) Bestätigung der Vorprojekte und Projekte für Hauptanlagen (außer Studienprojekten und Planschwerpunkten),

- f) Erstellung der Kontrollziffern und Planaufgaben für Investitionen an die Betriebe,
- g) Entscheidung über Kostenpläne für Investitionen und Generalreparaturen ihrer Betriebe,
- h) Entscheidung über Planänderung für Investitionen mit Unterlinitencharakter und für Generalreparaturen,
- i) Bestätigung der Aufträge für Projektierungsarbeiten,
- k) Genehmigung der Übertragung von Wohngrundstücken in die Rechtsträgerschaft ihrer Betriebe im Sinne der Wohnungs-Verordnung vom 6. 11. 52 (GBl. S. 1157),
- l) Entscheidung über die Bildung eines Fonds aus dem Investitionsplan zwecks Durchführung von Mechanisierungs- und Rationalisierungsaufgaben sowie zur Einführung neuer Technik in ihren Betrieben,
- m) Genehmigung volkswirtschaftlich notwendiger Änderungen der Planaufgaben ihrer Betriebe, sofern dadurch die Erfüllung des Gesamtplanes mengen- und wertmäßig nicht gefährdet wird.

#### VIII.

Dem Hauptverwaltungsleiter der Hauptverwaltung Steinkohle untersteht die Versuchsstrecke Freiberg, dem Hauptverwaltungsleiter der Hauptverwaltung Braunkohle das Staatliche Torfinstitut in Rostock, dem Hauptverwaltungsleiter der Hauptverwaltung Elektroenergie die Hauptlastverteilung und das Institut für Energetik.

#### IX.

- (1) Das Kollegium des Ministeriums für Kohle und Energie setzt sich wie folgt zusammen:
  1. Der Minister, Herr Goschütz,
  2. Der Staatssekretär, Herr Kier,
  3. Der Stellvertreter des Ministers, Herr Jeczmonka,
  4. Der Stellvertreter des Ministers, Herr Pech,
  5. Der Leiter der HV Braunkohle, Herr Neumann,
  6. Der Leiter der HV Elektroenergie, Herr Rauner,
  7. Der Leiter der HV Kohlewertstoffe, Herr Dr. Matschke,
  8. Der Hauptbuchhalter, Herr Walther,
  9. Der Leiter der Hauptabt. Planung, Herr Wolf.
- (2) Den Vorsitz im Kollegium führt nach § 3, Absatz 1 der Verordnung vom 17. Juli 1952 über die Bildung von Kollegien (Min. Bl. S. 109) der Minister.

#### X.

- (1) Bekanntmachungsorgan des Ministeriums sind die „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kohle und Energie“, die sämtlichen Dienststellen des Ministeriums sowie den ihm unterstellten Betrieben und sonstigen Institutionen zugehen.
- (2) Die „Verfügungen und Mitteilungen“ erscheinen nach Bedarf. Durch sie werden Anweisungen, Erläuterungen und Mitteilungen des Ministeriums den unterstellten Betrieben und sonstigen Institutionen bekanntgegeben.
- (3) Über den Inhalt der „Verfügungen und Mitteilungen“ entscheidet der Minister. Er bestimmt auch, in welchen dringenden Sonderfällen Anweisungen u. dgl. den unterstellten Betrieben und sonstigen Institutionen vorab durch Rundschreiben mitzuteilen sind.

#### 3. Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kohle und Energie

Die Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Schwerindustrie schließen mit der Nummer 12. Die Anweisungen, Verfügungen und sonstigen Veröffentlichungen für den Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie werden ab sofort in den

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kohle und Energie bekanntgegeben.

Alle Anweisungen, Verfügungen und sonstigen Veröffentlichungen, die in dem Bereich des Ministeriums für Schwerindustrie ergangen sind, behalten volle Gültigkeit, soweit sie nicht durch neue Anweisungen aufgehoben werden.

Die Leiter der Betriebe und Institutionen sind persönlich dafür verantwortlich, daß die Verfügungen und Mitteilungen nur dem mit der Bearbeitung betrauten Personenkreis zur Kenntnis kommen, damit eine mißbräuchliche Auswertung verhindert wird.

Die Verfügungen und Mitteilungen werden von der Rechts- und Vertragsschiedsstelle des Ministeriums für Kohle und Energie bearbeitet. Anfragen und Anregungen sind der genannten Zentralen Abteilung zuzuleiten.

#### 4. Berufungen und Abberufungen

Im Ministerium für Kohle und Energie wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1956 berufen:

Hilmar Tröger,  
zum kommissarischen Leiter der HV Steinkohle  
Werner Kindermann,  
zum Stellvertreter des Hauptverwaltungsleiters für Technik und Produktion der HV Steinkohle  
Erich Bindseil,  
zum kommissarischen Leiter der HV Anlagenbau  
Johannes Wächter,  
zum Stellvertreter des Hauptverwaltungsleiters für Technik und Produktion der HV Anlagenbau  
Dipl.-Ing. Ernst Röper,  
zum Stellvertreter des Hauptverwaltungsleiters für Technik und Produktion der HV Gas  
Lothar Rogall,  
zum Stellvertreter des Hauptverwaltungsleiters für kommerzielle Fragen der HV Kohlewertstoffe  
Horst Walther,  
zum Hauptbuchhalter des Ministeriums für Kohle und Energie  
Günter Theil,  
zum Leiter der Zentralen Kaderabteilung  
Dr. jur. Herbert Graichen,  
zum Leiter der Zentralen Abteilung Rechts- und Vertragsschiedsstelle  
Johannes Dunkel,  
zum Leiter der Zentralen Abteilung Arbeit  
Hans Scholz,  
zum Leiter der Zentralen Abteilung Haushalt  
Fritz Wolf,  
zum Leiter der Hauptabteilung Planung

Abberufen wurden:

Heinz Wenske,  
bisher Stellvertreter des Hauptverwaltungsleiters für allgemeine und kommerzielle Fragen der HV Braunkohle  
Heinz Hübner,  
bisher Stellvertreter des Hauptverwaltungsleiters für allgemeine und kommerzielle Fragen der HV Gas.

Durch Urkunde des Ministers bzw. seines zuständigen Stellvertreters wurden berufen:

Herbert Rudolph,  
mit Wirkung vom 1. September 1955  
zum Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Golpa  
Ing. Hermann Kolb,  
mit Wirkung vom 1. September 1955  
zum Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Finckeherd  
Helmut Freiberg,  
mit Wirkung vom 1. Oktober 1955  
zum kommissarischen kaufmännischen Leiter des VEB Braunkohlenwerk Edderitz  
Karl Kröber,  
mit Wirkung vom 20. Oktober 1955  
zum Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Thräna  
Helmut Metzner,  
mit Wirkung vom 20. Oktober 1955  
zum Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Regis

Fritz Wienholt,  
mit Wirkung vom 1. November 1955  
zum Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Edderitz

Gerhard Grote,  
mit Wirkung vom 1. Dezember 1955  
zum Direktor der Zentralen Leitung der DHZ Kohle

Albert Fechner,  
mit Wirkung vom 1. Januar 1956  
zum Leiter der Revierleitung Halle, VVB der Kohlenindustrie

Ing. Johannes Freitag,  
mit Wirkung vom 1. Januar 1956  
zum Technischen Leiter des VEB Braunkohlenwerk Sentenberg

Hans-Joachim Seidel,  
mit Wirkung vom 1. Januar 1956  
zum Arbeitsdirektor des VEB Kombinat Gölzau

Ing. Alfred Querengässer,  
mit Wirkung vom 1. Januar 1956  
zum Werkdirektor des VEB Kohleanlagen

Ing. Kurt Blüthgen,  
mit Wirkung vom 1. Januar 1956  
zum Werkleiter des VEB Zentralwerkstatt Golpa

Heinz Wenke,  
mit Wirkung vom 1. Januar 1956  
zum kaufmännischen Leiter des VEB Braunkohlenwerk Freundschaft

Wilhelm Richter,  
mit Wirkung vom 1. Januar 1956  
zum Technischen Leiter des VEB Braunkohlenwerk Völpe

Ing. Hans Boehme,  
mit Wirkung vom 1. Januar 1956  
zum Technischen Leiter des VEB Zentralwerkstatt Golpa

Heinrich Appel,  
mit Wirkung vom 15. Januar 1956  
zum Werkleiter des VEB Montan

Dipl. Ing. Andreas Dietrich,  
mit Wirkung vom 1. Februar 1956  
zum Technischen Leiter der Revierleitung Borna

Abberufen wurden:

Werner Pech,  
bisher Leiter der Revierleitung Halle, VVB der Kohlenindustrie

Bruno Zielke,  
bisher Kaufmännischer Leiter des VEB Braunkohlenwerk Friedenswacht

Karl Kröber,  
bisher Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Regis  
Stanislaus Wawrzyniak,  
bisher Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Edderitz

Fritz Wienholt,  
bisher Kaufmännischer Leiter des VEB Braunkohlenwerk Edderitz

Hans-Werner Lehmann,  
bisher Kaufmännischer Leiter des VEB Braunkohlenwerk Heide

Robert Dembowski,  
bisher Technischer Leiter des VEB Braunkohlenwerk Zeißholz

Ing. Alfred Querengässer,  
bisher kommissarischer Technischer Leiter der Aufbauleitung Schwarze Pumpe

Ing. Kurt Blüthgen,  
bisher Technischer Leiter des VEB Zentralwerkstatt Golpa

Viktor Nowack,  
bisher Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Egelein

Fritz Döring,  
bisher Werkleiter des VEB Karl-Schröter-Schacht, Calbe

Helmut Freyer,  
bisher Kaufmännischer Leiter des VEB Braunkohlenwerk Unseburg

- 8 -

Hasso Grabner,  
bisher Werkdirektor des VEB Montan  
Georg Höhne,  
bisher Werkleiter des VEB Braunkohlenwerk Zeiß-  
holz

### 5. Anordnung über die Änderung der Zuordnung der Berliner Gaswerke

Vom 12. Januar 1956

Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission dem Minister der Finanzen und dem Magistrat von Groß-Berlin wird folgendes angeordnet:

#### § 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1956 werden die bisher dem Magistrat von Groß-Berlin unterstellten Berliner Gaswerke in die zentralgeleitete volkseigene Industrie übernommen, in den Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie eingegliedert und der Hauptverwaltung Gas zugeordnet.

#### § 2

Ab 1. Januar 1956 führen die Berliner Gaswerke den Namen VEB Gasversorgung Berlin.

#### § 3

(1) Der VEB Gasversorgung Berlin ist D-Betrieb im Sinne des § 3, Abs. 3, der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBL S. 225).

(2) Auf den Betrieb finden die Vorschriften des Statuts vom 7. August 1952 der zentralgeleiteten Betriebe der volkseigenen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik (Min.Bl. S. 137) Anwendung.

#### § 4

Der Leiter der Hauptverwaltung Gas hat den Struktur- und Stellenplan des Betriebes nach den hierfür geltenden Bestimmungen zu bestätigen.

#### § 5

Die Planaufgaben des Betriebes werden vom Zeitpunkt seiner Eingliederung in den Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie an in dessen Gesamtplan einbezogen.

#### § 6

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

## II. Verfügungen des Leiters der Kommission für Industrie und Verkehr

### 6. Verfügung über die Einführung des Wirtschaftszweiglohngruppenkataloges in den Betrieben der Hauptverwaltung Steinkohle

Vom 20. Dezember 1955

Gemäß Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. 12. 55 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr sowie auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. 11. 55 wird folgendes bestimmt:

#### I.

Der Minister für Kohle und Energie wird ermächtigt und verpflichtet, der Wirtschaftszweiglohngruppenkatalog für die Steinkohlenindustrie in den Betrieben der Hauptverwaltung Steinkohle mit Wirkung vom 1. Januar einzuführen.

#### II.

Soweit die Einführung des Wirtschaftszweiglohngruppenkataloges Steinkohle für einzelne Beschäftigte die Einstufung in eine niedrigere Lohngruppe zur Folge hat, sind in diesen Fällen die bisherigen Löhne personengebunden weiterzuzahlen.

### 7. Verfügung über Maßnahmen zur Verbesserung des Blindleistungshaushaltes und der Spannung im Verbundnetz der Republik

Vom 12. Januar 1956

Im Verbundnetz der Republik treten als Folge der nicht ausgeglichenen Blindleistungsbilanz Schwierigkeiten in bezug auf die Spannungshaltung auf, wodurch eine störungsfreie und wirtschaftliche Versorgung der Abnehmer mit Elektroenergie zu den vertraglich festgelegten Bedingungen nicht gewährleistet ist. Um einen Ausgleich der Blindleistungsbilanz auch unter Berücksichtigung der durch den Zweiten Fünfjahrplan bedingten Weiterentwicklung und Vergrößerung der Kapazität des Gesamtnetzes zu gewährleisten, wird gemäß Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. 12. 55 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr sowie auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. 11. 55 folgendes bestimmt:

#### I.

(1) Der Minister für Kohle und Energie und der Minister für Schwermaschinenbau haben bis zum 31. März 1956 einen Plan auszuarbeiten über

- die Entwicklung und Fertigung von Bauteilen für Schaltanlagen für Phasenschieber-Kondensatoren,
- die Entwicklung von standardisierten Schaltanlagen für Phasenschieber-Kondensatoren (Kondensa-

tor-Zellen) unter Berücksichtigung der in der Republik verfügbaren bzw. noch zu entwickelnden Bauteile,

- den Abschluß der Konstruktionsarbeiten und die Aufnahme der Fertigung für Synchron-Kompensatoren für 25 MVA gemäß folgendem Zeitplan:

Jahr	Stückzahl
1956	3
1957	3
1958	3
1959	2
1960	3.

(2) In diesem Plan sind die erforderlichen Maßnahmen, Verantwortlichkeiten und Termine genau festzulegen.

(3) Zwischen dem Ministerium für Kohle und Energie und dem Ministerium für Schwermaschinenbau ist entsprechend diesem Plan bis zum 31. März 1956 ein Rahmenvertrag zu schließen.

#### II.

(1) Der Minister für Allgemeinen Maschinenbau und der Minister für Kohle und Energie haben in gleicher Weise bis zum 31. März 1956 einen Plan auszuarbeiten über:

- die volle Auslastung der vorhandenen Fertigungskapazität für Phasenschieber-Kondensatoren,
- die Entwicklung und die Aufnahme der Fertigung von Reihen-kondensatoren für die Reihenspannungen bis 30 kV,
- die Entwicklung von Hochspannungs-Phasenschieber-kondensatoren bis zur Reihenspannung von 110 kV.

(2) Zwischen dem Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau und dem Ministerium für Kohle und Energie ist entsprechend diesem Plan bis zum 31. März 1956 ein Rahmenvertrag zu schließen.

#### III.

(1) Der Minister für Schwermaschinenbau und der Minister für Allgemeinen Maschinenbau haben bis zum 31. März 1956 einen Plan auszuarbeiten, durch den die Lieferung der Regelanlage für die Wasserstoffkühlung der vom VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk Niedersiedlitz gefertigten Synchronkompensatoren gesichert wird.

(2) Außerdem ist zwischen dem Ministerium für Schwermaschinenbau und dem Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau bis zum 31. März 1956 ein Vertrag über die Gewährleistung der Lieferung dieser Anlage zu schließen.

## IV.

Der Minister für Kohle und Energie hat dafür zu sorgen, daß die Aufgabenstellung und die Projektierung für die Synchron-Kompensatoren, die in den Anlagen der HV Elektroenergie eingebaut werden sollen, gemäß dem von der HV Elektroenergie gegebenen Zeitplan rechtzeitig erfolgen und die technisch geklärten Aufträge für die Lieferung der Synchron-Kompensatoren im Jahre 1956 unverzüglich erteilt werden.

## V.

Der Minister für Chemie hat dafür zu sorgen, daß die Aufgabenstellung und die Projektierung für die Syn-

chron-Kompensatoren, die in den Betrieben des Ministeriums für Chemie eingebaut werden sollen, gemäß dem von der HV Elektroenergie gegebenen Zeitplan rechtzeitig erfolgen und die technisch geklärten Aufträge für die im Jahre 1956 zu liefernden Synchron-Kompensatoren unverzüglich erteilt werden.

## VI.

Der Minister für Kohle und Energie hat für Verbraucher von Elektroenergie, die nach dem Sonderabnehmer-tarif beliefert werden, eine Ergänzung der Preisverordnung Nr. 281 und Nr. 321 zu veranlassen und zu diesem Zweck kurzfristig eine entsprechende Vorlage im Präsidium des Ministerrates einzubringen.

## III. Arbeit und Berufsbildung

## 8. Richtlinie für den Abschluß von Einzelverträgen

Zur Durchführung der Verordnung vom 23. Juli 1953 über die Neuregelung des Abschlusses von Einzelverträgen in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 897) und der hierzu ergangenen 3. DB vom 15. Juni 1955 (GBl. I. S. 453) werden folgende Richtlinien erlassen:

1. Einzelverträge sind auf der Grundlage und nach der angeführten Verordnung vom 23. Juli 1953 und der 3. DB vom 15. Juni 1955 hierzu unter Beachtung des Leistungsprinzips im Rahmen der festgelegten Kontingente abzuschließen.
2. Voraussetzung für den Abschluß eines Einzelvertrages sind:
  - a) eine hohe fachliche Qualifikation,
  - b) hervorragende Leistungen bei der Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne,
  - c) die konstruktive und schöpferische Tätigkeit bei der Entwicklung der Forschung und Technik.
3. Zu den im § 2 der Verordnung genannten Angehörigen der Intelligenz gehören
  - a) Personen, für die gemäß §§ 8 und 9 der Verordnung vom 23. Juni 1952 über die Erhöhung der Gehälter für Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker (GBl. S. 510) Einzelgehälter festgesetzt wurden. Diese Personen müssen im Besitz eines Einzelvertrages sein.
  - b) der Personenkreis, der in dem anliegenden Katalog aufgeführt ist.
4. Durch den Einzelvertrag werden die grundlegenden Rechte und Pflichten der Vertragspartner festgelegt, wobei unter Berücksichtigung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Leistungen sowie der Verantwortung der Angehörigen der Intelligenz die Vergütung sowie besondere Förderungsmaßnahmen individuell vereinbart werden, die den Einsatz seiner vollen Arbeitskraft zur weiteren Entwicklung unserer Volkswirtschaft ermöglichen.
5. Bei dem Abschluß von Einzelverträgen sind folgende Förderungsmaßnahmen zu erwägen:
  - a) Gewährung von Prämien für besondere Leistungen,
  - b) Unterstützung in der Wohnraumbeschaffung,
  - c) Urlaubsgewährung und Bereitstellung von Urlaubsplätzen unter Ausnutzung der betrieblichen und außerbetrieblichen Möglichkeiten,
  - d) Gesundheitsfürsorge und Unterstützung im Krankheitsfalle,
  - e) Förderung der beruflichen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung,
  - f) Schaffung von Voraussetzungen zur Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten,
  - g) Förderung der Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder,
  - h) erhöhter Kündigungsschutz.
6. Für den Abschluß von Einzelverträgen ist ferner zu beachten:
  - a) Die Leiter der Betriebe sind verpflichtet, vor dem Abschluß eines Einzelvertrages oder einer Zu-

- satzvereinbarung die Genehmigung des zuständigen Hauptverwaltungsleiters einzuholen,
  - b) die Leiter der Deutschen Handelszentralen und anderer Institutionen sowie Konstruktionsbüros reichen ihre Anträge an die Zentrale Abteilung für Arbeit ein,
  - c) den Antragstellern ist innerhalb von 14 Tagen die Entscheidung über die eingereichten Vorschläge mitzuteilen,
  - d) mit Empfängern von Einzelgehältern nach den §§ 8 und 9 der Verordnung vom 23. Juni 1952 über die Erhöhung der Gehälter für Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker dürfen Zuschläge für ununterbrochene Beschäftigung (Treueprämie) nicht vereinbart werden, da sie mit dem Einzelgehalt bereits abgegolten sind.
  - e) das im Einzelvertrag festzulegende Gehalt richtet sich nach den geltenden tariflichen bzw. gesetzlichen Bestimmungen über die Vergütung sowie nach der 3. DB vom 15. Juni 1955 zur Verordnung über die Neuregelung des Abschlusses von Einzelverträgen mit Angehörigen der Intelligenz (GBl. I. S. 453).
7. Die Auflösung des Einzelvertrages kann erfolgen:
- a) Durch Aufhebungsvertrag oder durch übereinstimmende Erklärung beider Vertragspartner über die Auflösung des Einzelvertrages. Hierbei ist die Einhaltung der Kündigungsfrist nicht erforderlich,
  - b) durch Kündigung unter Einhaltung der im Vertrag festgelegten Kündigungsfrist,
  - c) ohne Einhaltung der Kündigungsfrist durch fristlose Entlassung, wenn einer der im § 9 der Verordnung vom 7. Juni 1951 über Kündigungsrecht (GBl. S. 550) genannten Gründe vorliegt,
  - d) durch Berufung oder Versetzung zu einer anderen Institution erlischt der mit dem Betrieb geschlossene Einzelvertrag, weil der Einzelvertragsinhaber die wichtigste Bedingung des Vertrages, nämlich die Ausübung der vertraglich übernommenen Tätigkeit nicht mehr erfüllt. Soll auch die neue Tätigkeit auf einzelvertraglicher Grundlage erfolgen, muß eine entsprechende Zusatzvereinbarung geschlossen werden.
8. Die Kündigung von Einzelverträgen bedarf in jedem Falle der Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung des Betriebes bzw. der Verwaltung, in welcher der Einzelvertragsinhaber tätig ist. Das gilt nicht für fristlose Entlassungen, die auf Grund der Disziplinarordnung vom 10. März 1953 (GBl. I. S. 217) ausgesprochen werden.
9. Die Leiter der Betriebe, Institute, DHZ usw. sind verpflichtet, das Ausscheiden eines Einzelvertragsinhabers sofort der zuständigen Hauptverwaltung bzw. der Zentralen Abteilung für Arbeit des Ministeriums zu melden.
10. Die von dem Ministerium für Schwerindustrie herausgegebenen Richtlinien (VuM Nr. 1/1953) und die Kataloge zu den Richtlinien für den Abschluß von Einzelverträgen (VuM Nr. 2/3/1954) werden hiermit außer Kraft gesetzt.



tipfen und legt ihn nach Abstimmung mit den zuständigen zentralen Abteilungen des Ministeriums und den für die Werke zuständigen Hauptverwaltungen dem Minister zur Bestätigung vor.

### 2. Vorplanung

Für die Vorplanung ist die Abteilung Forschung und Entwicklung des Ministeriums verantwortlich. Unter Zugrundelegung des bestätigten Perspektivplanes werden für die vorgesehene Erweiterung des bestehenden und für die DDR zu bauenden Werke Technologie und Kapazität festgelegt. Nach Ausarbeitung mehrerer Varianten, bei der die Mitarbeit der Projektierungsbetriebe, der Hauptverwaltung Anlagenbau, der Werke und deren Hauptverwaltung erforderlich ist, wird die volkswirtschaftlich beste Variante für die Vorprojektierung vorgesehen und dem Minister zur Bestätigung vorgelegt.

### 3. Vorprojektierung

Die Ausarbeitung der Aufgabenstellung für die Vorprojekte und die Aufstellung des Projektierungsplanes erfolgt unter der verantwortlichen Leitung der Hauptverwaltung Anlagenbau sowie unter Mitarbeit der Abteilung Forschung und Entwicklung, der Projektierungsbetriebe, der Werke und der für diese zuständigen Hauptverwaltungen. In der Regel ist der Vorentwurf der Aufgabenstellung vom Werk unter Zugrundelegung der bestätigten Perspektiv- und Vorplanung auszuarbeiten, von der für das Werk zuständigen Hauptverwaltung zu überprüfen und dann der Hauptverwaltung Anlagenbau zur weiteren Bearbeitung zuzuleiten.

Während der Ausarbeitung der Aufgabenstellung ist der Investitionsträger zu bestimmen. Investitionsträger ist für Investitionen zur Erhaltung der vorhandenen Kapazität das Werk und für Investitionen zur Erweiterung der Kapazität sowie für Geräte und Ausrüstungen der VEB Kohleanlagen. Die Festlegung der Investitionsträger erfolgt durch die Hauptverwaltung Anlagenbau nach vorheriger Abstimmung mit den zuständigen Hauptverwaltungen. Investitionsträger für die Errichtung neuer Werke werden durch den Minister bestimmt.

Es ist der Hauptverwaltung Anlagenbau anheimgestellt, eine ständige Kommission zu bilden, die die Betreuung des Vorprojektes von der Aufgabenstellung bis zur Bestätigung durchführt.

Die Hauptverwaltung Anlagenbau ist verantwortlich für die Prüfung des Vorprojektes. Die Bestätigung erfolgt durch den Leiter der Hauptverwaltung Anlagenbau, nachdem das Abschlußprotokoll vom Werk und seiner Hauptverwaltung gegengezeichnet wurde. Die Bestätigung von Studienprojekten und Vorprojekten von Planschwerpunkten erfolgt durch den Staatssekretär.

### 4. Projektierung

Die Hauptverwaltung Anlagenbau ist verantwortlich für die Durchführung der Projektierungsaufgaben. Die Abteilung Forschung und Entwicklung, die Projektierungsbetriebe, die Werke und deren Hauptverwaltungen sind zur Mitarbeit verpflichtet. Die Aufgabenstellungen für die Projekte ergeben sich in der Regel aus den bestätigten Vorprojekten. Für die Durchführung in sich geschlossener Investitionsobjekte mit einem Wertumfang bis zu 20000 DM bestimmen die Werkleiter Art und Umfang der erforderlichen Projektierungsunterlagen.

Die Hauptverwaltung Anlagenbau ist verantwortlich für die Prüfung des Projektes. Die Bestätigung des Projektes erfolgt durch den Leiter der Hauptverwaltung Anlagenbau, nachdem das Abschlußprotokoll vom Werk und seiner Hauptverwaltung gegengezeichnet wurde.

Die Bestätigung von Planschwerpunkten erfolgt durch den Minister.

## B. Durchführung der Investitionen

### 1. Investitionsplanung

Für die Investitionsplanung ist die Hauptverwaltung Anlagenbau verantwortlich.

Auf der Grundlage der bestätigten Projekte erarbeiten die Werke ihre Planvorschläge, überreichen diese ihrer zuständigen Hauptverwaltung, die sie mit ihrer Stellungnahme der Hauptverwaltung Anlagenbau weiterleitet. Diese stellt danach den Investitionsplan auf und legt ihn nach vorheriger Abstimmung mit den zuständigen zentralen Abteilungen des Ministeriums, den Werken und deren Hauptverwaltungen dem Minister zur Bestätigung vor.

Die Beauftragung der Investitionsträger erfolgt dann durch die Hauptverwaltung Anlagenbau als Planträger.

Die Planung und Beschaffung der Kontingente für die vom Investitionsträger unmittelbar zu beschaffenden Materialien erfolgt durch die Hauptverwaltung Anlagenbau.

Die Ausarbeitung von globalen Vereinbarungen über Lieferung von Ausrüstungen und Bauleistungen hat ausschließlich durch die Hauptverwaltung Anlagenbau zu erfolgen. Der Abschluß von globalen Vereinbarungen erfolgt durch den Minister.

Die Hauptverwaltung Anlagenbau entscheidet nach Abstimmung mit der zuständigen Hauptverwaltung über Planänderungen für Investitionen mit Unterlimit-Charakter und über Änderungen der Kostenstrukturen, soweit nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen der Investitionsträger selbst entscheiden kann.

### 2. Investitionsausführung

Für die Ausführung der Investitionen ist unter Anleitung und Kontrolle der Hauptverwaltung Anlagenbau der beauftragte Investitionsträger verantwortlich.

Der Investitionsträger hat alle ihm durch Gesetze und Verordnungen auferlegten Aufgaben zu erfüllen, im besonderen:

Auslösung von Aufträgen und Bestellungen an Hand von Bestellplänen und Kontrolle derselben. Abschluß von Vorverträgen und Verträgen. Führung der Obligo-Kartei sowie der Lieferanten- und Vertragskartei, Bearbeitung aller vorgeschriebenen Formblätter zur Vorbereitung und Durchführung der Planaufgabe einschließlich Materialplanung. Überwachung des Investablaufes zur Sicherung der termin- und mengengerechten Erreichung des Planzieles, Sicherung der Einhaltung abgeschlossener Verträge durch beide Vertragspartner und notwendigenfalls rechtzeitige Einschaltung der Vertragsgerichte, Schaffung einer klaren Übersicht über den Investablauf, Durchführung aller ihm obliegenden Maßnahmen zur rechtzeitigen Bereitstellung der Investitionsmittel, Erfassung der Verbindlichkeiten im Obligo, Prüfung, Verbuchung und Ablage der Rechnungen, laufende Abstimmung der Investitions-Buchhaltung mit der Obligo-Kartei zur Vermeidung von Buchungsfehlern, Einleitung erforderlicher Änderungen an Plänen und Kostenstrukturen nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Wenn in einem Werk zwei Investitionsträger auftreten, so ist doch grundsätzlich nur eine Aufbauleitung zu bilden, in welcher beide Investitionsträger — entsprechend ihrer Planaufgabe — beteiligt sind; der am stärksten Beteiligte ist federführend. Die Obligo-Kartei ist für jeden Investitionsträger getrennt zu führen.

Für die Finanzierung der geplanten Investitionen stattet die Hauptverwaltung Anlagenbau die Investitionsträger mit den erforderlichen Mitteln aus.

Die Berichterstattung erfolgt durch die Investitionsträger nach den gesetzlichen Vorschriften an die Hauptverwaltung Anlagenbau. Diese ist verpflichtet, neben der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung an die übergeordneten Dienststellen einen Kurzbericht mit besonderer Angabe von wichtigen Mängeln und Vorschlägen für Gegenmaßnahmen an die zuständige Hauptverwaltung zu geben.

Die Hauptverwaltung Anlagenbau ist dafür verantwortlich, daß für die Investitionsvorhaben Abnahmekommissionen gebildet werden. Zu der Abnahmekommission müssen unter anderem Vertreter des Werkes und seiner Hauptverwaltung ge-

hören. Die Abnahmekommission ist verpflichtet, von Baubeginn an nach einem Abnahmeplan die Investitionen hinsichtlich projektgerechter sowie qualitätsmäßig und sicherheitlich einwandfreier Ausführung zu überwachen. Die sich ergebenden Protokolle sind dem Werk, seiner Hauptverwaltung sowie dem Investträger und der Hauptverwaltung Anlagenbau zuzustellen.

Soweit der VEB Kohleanlagen oder eine Aufbauleitung Investitionsträger sind, hat nach erfolgter Abnahme die Übergabe des fertiggestellten Investitionsvorhabens an das Werk als Rechtsträger zu erfolgen. Über die Übergabe ist ein Protokoll anzufertigen. Mit der Übergabe gehen Ansprüche gegen Lieferbetriebe aus mangelhafter Lieferung auf den Rechtsträger über. Der VEB Kohleanlagen oder die Aufbauleitung haben in sämtliche Liefer- und Leistungsverträge folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Mit der Übergabe des Vertragsgegenstandes durch den Besteller an den Rechtsträger gehen Ansprüche aus mangelhafter Lieferung auf den Rechtsträger über.“

Die Aktivierung ist durch die Hauptverwaltung Anlagenbau so zu organisieren, daß allein die Rechtsträger aktivieren, für welche die Investitionen durchgeführt worden sind. Denselben sind alle zur Aktivierung erforderlichen Unterlagen zu übergeben.

Diese Rechtsträger sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Abschreibungspläne und die Abführung der Abschreibungen nach den Finanzplänen.

Alle Investitionsmaßnahmen unterliegen den Arbeitsschutz- und Sicherheitsbestimmungen des zuständigen Werkes. Die Kontrolle führt der Sicherheitsbeauftragte des betreffenden Werkes durch.

## V. Exportfragen

### 10. Verfügung über Maßnahmen zur Sicherung des Exportes von Erzeugnissen der Deutschen Demokratischen Republik

Vom 25. Januar 1956

Die Erweiterung des Außenhandels der Deutschen Demokratischen Republik erfordert, daß die Exporterzeugnisse der Republik mit einer gesetzlich geschützten Fabrik- oder Handelsmarke (Warenzeichen) versehen sind. Von den am Export beteiligten Betrieben wurde bisher die Bedeutung des Warenzeichenschutzes bei der Entwicklung des Außenhandels unterschätzt. Zur Sicherung des Exportes von Erzeugnissen der Republik wird deshalb folgendes bestimmt:

#### I.

Die Leiter der am Export beteiligten Betriebe (Erzeugerbetriebe) haben dafür zu sorgen, daß bis zum 31. Dezember 1956 geschützte Warenzeichen für die Exporterzeugnisse geschaffen werden.

#### II.

(1) Für die Beratung der Erzeugerbetriebe bei der Schaffung von geschützten Warenzeichen für die Erzeugnisse,

mit denen die jeweilige Außenhandelsgesellschaft handelt, stehen in den Abteilungen Werbung und Messen der betreffenden Außenhandelsgesellschaften geeignete Fachkräfte zur Verfügung.

(2) Bei der Kammer für Außenhandel der Republik ist eine Beratungsstelle für die Gestaltung von neu zu schaffenden Warenzeichen eingerichtet worden. Diese Stelle hat insbesondere die Aufgabe, die für Auslandsanmeldungen vorgesehenen Warenzeichen zu prüfen.

(3) Die Leiter der Erzeugerbetriebe werden verpflichtet, vom dem Beratungsdienst weitgehend Gebrauch zu machen.

#### III.

In diesem Zusammenhang werden die Leiter der Erzeugerbetriebe nochmals nachdrücklich auf die Einhaltung der Verfügung Nr. 23 vom 20. August 1955 über das Verfahren bei Vornahme von Rechts-handlungen auf dem Gebiet des Patent- und Warenzeichenwesens außerhalb der Republik (V. u. M. des Ministeriums für Schwerindustrie Nr. 12, S. 169) und auf die Anweisung vom 22. November 1955 über Exportgeschäfte und Warenzeichenschutz (V. u. M. des Ministeriums für Schwerindustrie Nr. 12, S. 170) hingewiesen.

## VI. Materialversorgung

### 11. Verstärkung der Schrottbergung in den Gruben- und Tagebauen

Nach § 1 der Verordnung vom 2. Februar 1950 über das Erfassen, Sammeln und Aufbereiten von Eisen-, Stahl- und Buntmetallschrott (GBl. S. 69) gilt sämtlicher im Gebiet der Republik vorhandene und anfallende Schrott als beschlagnahmt und ist der VHZ Schrott gegen Vergütung zu überlassen.

Diese Bestimmung bezieht sich auch auf den Schrott, der sich noch in den Gruben- und Tagebauen der Betriebe befindet. Die Leiter der Bergbaubetriebe haben bisher der Bergung dieses Schrottes nur unzureichend Beachtung geschenkt. Die Volkseigene Handelszentrale Schrott ist nicht in der Lage, hierfür eigene Arbeitskräfte einzusetzen. Deshalb wird zur Verstärkung der Schrottbergung in den Gruben- und Tagebauen folgendes bestimmt:

1. Die Werkleiter der Bergbaubetriebe haben dafür zu sorgen, daß
  - a) der in den stillgelegten Gruben- und Tagebauen vorhandene Schrott bis zum 31. Dezember 1956 mit eigenen Arbeitskräften geborgen wird,
  - b) die Schrottberäumung in den befahrenen Gruben- und Tagebauen verstärkt wird.
2. Für die Durchführung dieser Arbeiten dürfen mit Wirkung vom 1. Januar 1956 die der Volkseigenen Handelszentrale Schrott zur Verfügung gestellten

Stützungsmitel nicht mehr in Anspruch genommen werden.

3. Die Werkleiter der Bergbaubetriebe haben die zur Beräumung der stillgelegten und der befahrenen Gruben- und Tagebaue erforderlichen Arbeitskräfte ihrerseits zu planen.

### 12. Mehr Aufmerksamkeit der Erfassung von Materialreserven

Nach § 4 der Anordnung vom 10. März 1955 über die Erfassung und Bilanzierung der inneren und örtlichen Reserven in den Bezirken und Kreisen (GBl. I, S. 203) sind die Betriebe im Interesse der erhöhten Ausnutzung und verbesserten Verwendung aller Materialien verpflichtet, die anfallenden Produktionsreste, Überplanbestände sowie für den Betrieb nicht verwendbare Bestände und sonstige bisher in der Produktion nicht genutzten Materialien (Innere und örtliche Reserven), mindestens einmal im Quartal zusammenzufassen und den Leitern der Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Kreise anzubieten. Dieser Verpflichtung ist bisher nicht genügend Rechnung getragen worden. Auch die Übersendung von Rechnungs- und Lieferscheindurchschriften durch die materialabgebundenen Betriebe ist in vielen Fällen unterblieben.

Auf die strikte Einhaltung der Bestimmungen der §§ 4 und 7 der vorgenannten Anordnung wird daher nochmals hingewiesen.

## II. Finanzen

### 13. Behandlung des Sachvermögens der Sozialversicherung

In der Anordnung Nr. 16 des Ministeriums der Finanzen vom 29. Dezember 1954 über die Behandlung des Sachvermögens der Sozialversicherung ist festgelegt, daß bewegliches Sachvermögen der Sozialversicherung von volkseigenen Betrieben nicht im Wege der Umsetzung erworben werden kann. Bei der Durchführung der Anordnung sind Finanzierungsschwierigkeiten dadurch aufgetreten, daß vor Inkrafttreten der Anordnung bewegliches Sachvermögen an volkseigene Betriebe und Haushaltsorganisationen übergeben worden ist. Zur Abwendung dieser Schwierigkeiten und zur Vereinfachung des Verfahrens hat das Ministerium der Finanzen am 7. November 1955 folgendes bestimmt:

1. Bewegliches Sachvermögen der Sozialversicherung (Eigenvermögen) das vor Herausgabe der AO. Nr. 16/1954 an Haushaltsorganisationen und Stellen der volkseigenen Wirtschaft zur Nutzung übergeben worden ist, geht in das Vermögen der übernehmenden Stelle über. Die Bezahlung bzw. Verrechnung erfolgt zentral durch das Ministerium der Finanzen.
2. Das übernommene bewegliche Sachvermögen der Sozialversicherung ist bei der übernehmenden Stelle in die Vermögensrechnung bzw. Bilanz als Volkseigentum ordnungsgemäß einzubuchen.
3. Soweit im Buchwerk der übernehmenden Stelle aus Anlaß der Vermögensübernahme zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber der Sozialversicherung ausgewiesen worden, sind diese unter Hinweis auf diese Anordnung auszubuchen (bei VEW gegen den Grundmittelfonds).
4. ....
5. Soweit eine Bezahlung des beweglichen Sachvermögens durch die übernehmenden Stellen bereits erfolgt ist, verbleibt es dabei. Dafür vorgesehene, jedoch nicht beanspruchte Investitionsmittel sind zu sperren.
6. Auf Vermögensbewegungen nach dem 31. Dezember 1954 finden die Bestimmungen der AO. Nr. 16/1954 Anwendung.

## VIII. Rechtsfragen und Allgemeines Vertragssystem

### 14. Abgrenzung der Zuständigkeit von Gerichten und Staatlichen Vertragsgerichten

Nach der gemeinsamen Rundverfügung Nr. 8/55 vom 25. November 1955 des Ministers der Justiz und des Vorsitzenden des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist die Zuständigkeit der Gerichte und Staatlichen Vertragsgerichte grundsätzlich wie folgt abgegrenzt:

#### A. Die Staatlichen Vertragsgerichte sind zuständig für

- a) Streitigkeiten aus Verträgen zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben über Lieferungen, die im Rahmen des Allgemeinen Vertragssystems abgeschlossen worden sind; neben Lieferverträgen gehören nach der 1. DB zur Verordnung vom 6. Dezember 1951 über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems vom 21. März 1952 (GBl. S. 323) und der 3. DB vom 20. August 1952 (GBl. S. 794) hierzu auch Verträge über Dienstleistungen, Bauleistungen und Transportraum;
- b) Streitigkeiten zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben aus Verträgen, die zwar nicht im Rahmen des Allgemeinen Vertragssystems geschlossen worden sind, jedoch genauso wie diese unmittelbar der Durchführung der Wirtschafts- und Finanzpläne dienen. Hierher gehören insbesondere Kreditverträge der Wirtschafts- und Finanzpläne dienen, zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und der Deutschen Notenbank oder der Deutschen Bauernbank, sowie Überlassungsverträge über bewegliche Sachen, insbesondere Produktionsmittel und Arbeitsverträge zwischen den MTS und LPG;
- c) Streitigkeiten über Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung, soweit ihre Entstehung mit Vertragsverhandlungen der unter a) und b) genannten Betriebe im Zusammenhang steht (Nichtigkeit, Anfechtung u. dgl.);
- d) Streitigkeiten aus Verträgen zwischen volkseigenen Betrieben und privaten Industriebetrieben, soweit der private Industriebetrieb Lieferant ist;
- e) Streitigkeiten aus der Pflichtableferung und dem Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und einem VEAB, soweit es sich nicht um die Festsetzung des Ablieferungssolles handelt;
- f) Streitigkeiten über Wagenstandgelder, die im Zusammenhang mit Transportraumverträgen

vor dem 30. April 1954 entstanden sind. Derartige Wagenstandgelder haben den Charakter einer Vertragsstrafe (Anmerkung: Über Streitigkeiten wegen Wagenstandgelder, die aus Transportraumverträgen nach dem 1. Mai 1954 entstanden sind, entscheidet nach § 8 der Verordnung vom 20. Juni 1952 über die Be- und Entladung von Eisenbahngüterwagen (GBl. S. 491) die Reichsbahn in eigener Zuständigkeit).

- g) Streitigkeiten über Schadensgelder, die von den Reichsbahndirektionen gegen volkseigene und ihnen gleichgestellte Betriebe wegen der Beschädigung von Eisenbahngüterwagen geltend gemacht werden.

#### B. Die Gerichte sind zuständig für alle anderen Streitigkeiten

- im Bereich der volkseigenen und ihr gleichgestellten Wirtschaft also aus Verträgen außerhalb des Allgemeinen Vertragssystems. Streitobjekte dieser Art können insbesondere sein:
- a) Mietverträge,
  - b) Versicherungsverträge,
  - c) Frachtverträge einschließlich der Streitigkeiten über Liegegelder bei Schiffen,
  - d) Grundstücks-Überlassungsverträge,
  - e) Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung,
  - f) Ansprüche aus unerlaubter Handlung.
- C. Die gemeinsame Rundverfügung Nr. 49/53 vom 7. August 1953 des Ministers der Justiz und des Vorsitzenden des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (V. u. M. Nr. 1, S. 11, vom 30. November 1953 des Ministeriums für Schwerindustrie) ist damit gegenstandslos.

### 15. Die Organe nach § 1 VVO

Zu den Organen der der volkseigenen Wirtschaft gleichgestellten Wirtschaft zählen:

1. Die Konsumgenossenschaften und Kreiskonsumgenossenschaftsverbände,
2. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaften),
3. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften,
4. Die Produktionsgenossenschaften der werktätigen Fischer,
5. Produktionsgenossenschaften des Handwerks, soweit sie auf sozialistischer Grundlage arbeiten.

- 11 -

6. Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, soweit sie nach dem Musterstatut vom 4. März 1954 (GBl. S. 236) arbeiten.
7. Parteieigene Betriebe nach Festlegung im Einzelfall.
8. Betriebe, die gemäß den Bestimmungen der VO vom 8. September 1951 über die Verwaltung und den Schutz ausländischen Eigentums in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 839) in Verwaltung genommen wurden.
9. Treuhandbetriebe, soweit sie Produktions- und Finanzpläne erhalten.
10. Haushaltsorganisationen, soweit sie Verträge über Warenlieferungen oder Leistungen geschlossen haben.

#### 16. Behandlung der Verträge für 1955

Anfragen über das Schicksal der für 1955 geschlossenen Verträge geben Veranlassung darauf hinzuweisen, daß

in der Anordnung vom 29. Juni 1955 über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Materialien im Jahre 1955 (einschließlich Nahrungsgüter) — Allgemeiner Teil —, GBl. 1955, Sonderdruck 93, festgelegt worden ist, wie diese Verträge zu behandeln sind.

#### 17. Widerrechtliche Entnahme von Energie

Der Schutz, die Festigung und die ständige Mehrung des Volkseigentums als der ökonomischen Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht in der Deutschen Demokratischen Republik erfordern, daß bei widerrechtlicher Energieentnahme, die einen Angriff gegen Volkseigentum darstellt, nicht nur die in Abschnitt VIII der Allgemeinen Energielieferungsbedingungen vom 21. Oktober 1953 (ZBl. S. 515) vorgesehenen zivilrechtlichen Ansprüche geltend gemacht werden, sondern daß auch Strafanzeige erstattet wird. Kommt es auf Grund der Anzeige zu einem Strafverfahren, so haben die Energiebetriebe grundsätzlich von der Möglichkeit des § 268 StPO Gebrauch zu machen und die zivilrechtlichen Ansprüche im Strafverfahren mit durchzusetzen.

### IX. Sonstiges

#### 18. Druckfehlerberichtigungen

In V. u. M. des Ministeriums für Schwerindustrie, Heft Nr. 12, S. 164, muß Nr. 10 Rückgabe und Berechnung der Leihverpackung, Buchstabe c, letzter Satz, richtig heißen:

„Sollten Verzögerungen über die normale Rückgabefrist eintreten, so hat der Empfänger den Lieferer über deren Ausmaß laufend zu unterrichten.“

#### 19. Buchempfehlungen

##### Industrielle Automatisierungstechnik

Unter diesem Titel hat Dipl.-Ing. Wilhelm Hornauer, Berlin, eine Arbeit veröffentlicht, in der er die Mittel und Möglichkeiten der Automatisierungstechnik erläutert. Das 157 Seiten umfassende Buch ist im VEB Verlag Technik, Berlin, erschienen.

Der Verfasser gibt in seinen Ausführungen einen guten Überblick über dieses noch junge Gebiet der Technik. Er legt zunächst die allgemeinen Grundlagen des Zweiges der Technik, der das Rüstzeug für die Mechanisierung und Automatisierung der Industrie liefert, nämlich der Wirkungstechnik, dar und gibt dann eine gerätetechnischen und einen verfahrenstechnischen Grundriß. Das Schlußkapitel enthält eine allgemeine Anleitung, wie man die auf dem Gebiete der Wirkungstechnik erworbenen Kenntnisse planmäßig in der Praxis einsetzen kann und soll.

Zahlreiche Abbildungen erleichtern das Verständnis für die textlichen Darlegungen des Verfassers. Ein übersichtliches Sachwortverzeichnis bietet die Möglichkeit, sich schnell über Einzelfragen der Abhandlung zu orientieren.

Bei der Lösung der mit der Automatisierung zusammenhängenden vielfältigen Einzelaufgaben stellt das Buch Hornauers ein nützliches Hilfsmittel dar. Ingenieure, Technologen, Hauptmechaniker und Wirtschaftsfunktionäre der volkseigenen Industrie und Verkehrswirtschaft sollten sich mit seinem Inhalt gründlich vertraut machen.

##### Brandschutz in den Betrieben

Das frühere Ministerium für Schwerindustrie hat vor einiger Zeit einen Leitfaden für den Brandschutz in den volkseigenen Betrieben der Schwerindustrie herausgegeben und den Betrieben zugestellt. Der Text enthält zwei Druckfehler. Auf Seite 20 muß es statt mindestens 15 Prozent, richtig „mindestens 17 Prozent“ heißen. Auf Seite 23 ist statt „Schlauchlänge bis 20 m“ zu setzen: „Schlauchlänge bis 15 m“.

##### Die Aufgaben des Hauptbuchhalters in der VEW

Das Institut für Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft bei dem Ministerium der Finanzen hat einen Kommentar zur Hauptbuchhalter-Verordnung unter dem Titel „Die Aufgaben des Hauptbuchhalters in der volkseigenen Wirtschaft“ herausgegeben. Der Kommentar ist im Verlage „Die Wirtschaft“, Berlin W 8, erschienen. Die Broschüre enthält ausführliche Erläuterungen zur Hauptbuchhalter-Verordnung vom 17. Februar 1955. Zugleich wird zu den in der Diskussion über die Verordnung vorgebrachten Argumenten eingehend Stellung genommen. Der Kommentar stellt ein gutes Arbeitsmittel nicht nur für die Hauptbuchhalter selbst, sondern auch für die anderen leitenden Wirtschaftsfunktionäre dar. Der Bezug der Broschüre wird deshalb empfohlen.

#### 20. Sonstige Empfehlungen

##### Versandhaus für Organisationsbedarf

Das Versandhaus für Organisationsbedarf, Berlin NO 55, Immanuelkirchstraße 3—4, produziert und liefert Ausstattungs- und Werbematerial, wie Bilder bekannter Politiker, Staatsmänner, Wissenschaftler und Künstler. Neben Werk- und Landschaftsbildern können hier Buchstaben in allen Größen und Arten, Büsten, Urkunden, Mappen, Fahnen und Wimpel bestellt werden. Das Versandhaus für Organisationsbedarf nimmt auch Aufträge zur Anfertigung von Betriebselementen, Plakaten und Urkunden entgegen. Für Werbezwecke sind Papierfähnen, Luftballons und Werbeplastiken aus Porzellan und Preßspan lieferbar.

Ministerium für Kohle und Energie  
G o s c h ü t z  
Minister

Sonderheft

# Verfügungen und Mitteilungen

## des Ministeriums für Kohle und Energie

V. u. M.

Berlin, den 25. März 1956

Heft Nr. 1a

### Arbeitsordnung

#### für die Hauptverwaltungen des Ministeriums für Kohle und Energie

#### vom 25. Februar 1956

#### INHALT

- |   |                                   |
|---|-----------------------------------|
| Einleitung                                    | IV. Die Organisation der Arbeit   |
| I. Das Prinzip der persönlichen Verantwortung | V. Der Geschäftsgang              |
| II. Das Prinzip der Einzelleitung             | VI. Wachsamkeit und Geheimhaltung |
| III. Die Methodik der Arbeit                  | VII. Schlußbestimmungen           |

#### Einleitung

Jeder Mitarbeiter des Staatsapparates ist verpflichtet, durch sein Verhalten und seine Tätigkeit die Deutsche Demokratische Republik als ersten deutschen Staat der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu festigen und in ihrer Entwicklung zu fördern. Deshalb hat jeder Mitarbeiter seine Aufgaben als Staatsfunktionär verantwortungsbewußt durchzuführen und dabei stets unsere demokratische Ordnung zu wahren.

Die Hauptverwaltungen sind die Organe des Ministeriums, denen die unmittelbare Leitung des ihnen unter-

stellten Industriezweiges obliegt. Die wirksame Ausübung dieser Leitung erfordert eine klare Organisation und operative Gestaltung der Arbeit, hohes Staatsbewußtsein und straffe Disziplin, persönliche Verantwortung und Entscheidungsbereitschaft, verbunden mit dem Willen zu kollektiver Beratung und ständiger Steigerung der eigenen Qualifikation. Dabei ist stets zu beachten:

„Die Erörterung ist etwas Gemeinsames, aber die Verantwortung etwas Persönliches!“ (Lenin).

#### I. Das Prinzip der persönlichen Verantwortung

Entscheidende Voraussetzung des Erfolges jeder kollektiven Arbeit ist die Wahrung des Prinzips der persönlichen Verantwortung. Die Durchsetzung dieses Prinzips erfordert, daß jeder Mitarbeiter gewillt ist und sich dazu befähigt, aus der kollektiven Beratung den Weg zu eigenverantwortlicher Entscheidung zu finden, jederzeit selbstkritisch die eigene Arbeit zu überprüfen, mit dem gleichen Maßstab auch Verhalten und Arbeitsweise anderer zu beurteilen und das Gebot der Wachsamkeit strikt einzuhalten. In konsequenter Erfüllung dieser Erfordernisse hat jeder Mitarbeiter der Hauptverwaltung die ihm durch den Geschäftsverteilungsplan oder durch seinen Vorgesetzten übertragenen Aufgaben zu lösen. Soweit er selbst zur Entscheidung nicht befugt ist, hat er in unbürokratischer Weise eine rasche Entscheidung seines Vorgesetzten zu ermöglichen. Hauptaufgabe jedes Mitarbeiters ist die kämpferische Durchsetzung der staatlichen Pläne und der damit zu-

sammenhängenden Maßnahmen. Das setzt voraus, daß jeder Mitarbeiter mit den in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen gründlich vertraut ist und in jedem Falle sorgfältig prüft, ob seine Arbeit bzw. seine Entscheidung mit der politischen Linie, der ökonomischen Zielsetzung und den gesetzlichen Festlegungen unserer Republik übereinstimmt. Die Maßnahmen und Entscheidungen der Mitarbeiter sollen dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werk tätigen in den Betrieben zu verbessern und damit unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht politisch und ökonomisch weiter zu festigen. Diese Festigung ist die entscheidende Voraussetzung für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in unserem Lande, für die Entwicklung der volkdemokratischen Ordnung und für die Herstellung eines gesamtdeutschen Staates auf friedlicher und demokratischer Grundlage.

#### II. Das Prinzip der Einzelleitung

##### 1. Der Leiter der Hauptverwaltung

Der Leiter der Hauptverwaltung trägt die Verantwortung für die Tätigkeit und weitere Entwicklung der in seinem Industriezweig zusammengeschlossenen Betriebe gegenüber dem Minister bzw. seinem für den betreffenden Produktionsbereich zuständigen Stellvertreter.

Der Leiter der Hauptverwaltung ist damit zugleich für die gesamte Tätigkeit der ihm unterstellten Hauptverwaltung verantwortlich.

Der Leiter der Hauptverwaltung hat in seinem Geschäftsbereich die politischen und ökonomischen Aufgaben des Ministeriums im Rahmen der Politik der

Regierung und nach den Anweisungen der Leitung des Ministeriums durchzuführen. Er hat die dazu erforderlichen Entscheidungen zu treffen und die notwendigen Anweisungen zu erteilen.

Zu Beginn eines jeden Kalendervierteljahres hat der Leiter der Hauptverwaltung unter Auswertung der Planerfüllung im vorangegangenen Quartal für jeden Betrieb festzulegen, welche Aufgaben des Plans als Schwerpunkte gelten. Der aufgestellten Nomenklatur entsprechend hat er insbesondere die Erfüllung dieser Schwerpunktaufgaben wie auch die Entwicklung und Einhaltung der technisch-begründeten Arbeitsnormen, der Normen für den Verbrauch von Material, Hilfsstoffen und Energie sowie der technisch-wirtschaftlichen Kennziffern ständig zu kontrollieren.

Besondere Aufmerksamkeit hat der Leiter der Hauptverwaltung der Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der allseitigen Anwendung der modernsten Technik in der Produktion sowie der Auslese und Entwicklung der Kader zu widmen.

Ihm sind die Kaderabteilung, die Abteilung Planung und Investitionen und der Hauptdispatcher unmittelbar unterstellt.

**2. Die Stellvertreter des Leiters der Hauptverwaltung**

Der Leiter der Hauptverwaltung hat je einen Stellvertreter für Technik, für Produktion sowie für allgemeine und kommerzielle Fragen. Handelt es sich um einen

Industriezweig mit wenig differenzierter Produktion, so fallen die Aufgaben des Stellvertreters für Technik und Produktion zusammen.

Dem Stellvertreter für Technik sind die technische Abteilung und die Abteilung Hauptmechanik, dem Stellvertreter für Produktion die Produktionsabteilungen und die Abteilung Arbeit unterstellt.

Dem Stellvertreter für allgemeine und kommerzielle Fragen unterstehen die kaufmännische Abteilung und die Abteilung Materialversorgung.

Jeder Stellvertreter des Leiters der Hauptverwaltung ist berechtigt und verpflichtet, in seinem Aufgabenbereich selbständig zu entscheiden und verbindliche Anweisungen zu geben.

**3. Die Leiter der Abteilungen der Hauptverwaltung**

Die Leiter der Abteilungen der Hauptverwaltung sind in ihrem Aufgabenbereich für die Anleitung und Kontrolle der unterstellten Betriebe verantwortlich. Sie haben im Rahmen der ihnen von der Leitung der Hauptverwaltung übertragenen Befugnisse und Pflichten und nach Maßgabe der von der Leitung des Ministeriums bzw. der Hauptverwaltung erteilten Anweisungen ihre Entscheidungen selbständig zu treffen.

Entsprechendes gilt für die Mitarbeiter der Abteilungen. Sie erhalten Anweisungen nur durch bzw. über ihren Abteilungsleiter.

**III. Die Methodik der Arbeit**

Die Methode der Arbeit der Hauptverwaltungen wird bestimmt durch:

- 1. die Festlegung der Aufgaben nach Schwerpunkten,
- 2. die kollektive Beratung der Aufgaben und ihrer Durchführung,
- 3. die Kontrolle der Durchführung der festgelegten Aufgaben.

**1. Die Festlegung der Aufgaben nach Schwerpunkten**

Die Festlegung der Aufgaben hat quartalsweise zu erfolgen. Der Quartalsarbeitsplan bildet die Grundlage für die planmäßige Arbeit der Hauptverwaltung in diesem Zeitraum. Der Arbeitsplan der Hauptverwaltung hat sich nach den für den Gesamtbereich des Ministeriums festgelegten Quartalsarbeitsplan zu richten und die darin enthaltene Aufgabenstellung für den Bereich der Hauptverwaltung zu konkretisieren.

Die Leiter der Abteilungen sind verpflichtet, dem Leiter der Hauptverwaltung bzw. seinem zuständigen Stellvertreter auf der Grundlage der Analysen der Planerfüllung im vorangegangenen Quartal entsprechende Maßnahmen zur weiteren Durchführung der Planaufgaben im neuen Quartal vorzuschlagen. Das hat spätestens eine Woche vor Beginn der neuen Quartale zu geschehen.

Auf Grund des Quartalsarbeitsplanes haben die Leiter der Abteilungen der Hauptverwaltung Terminpläne aufzustellen. Darin sind die Aufgaben zu spezifizieren und die für die Durchführung Verantwortlichen zu bestimmen.

**2. Die kollektive Beratung der Aufgaben und ihrer Durchführung**

Der kollektiven Beratung der Aufgaben und ihrer Durchführung dienen:

- a) die Dienstbesprechungen bei dem Leiter der Hauptverwaltung,
- b) die Tagungen und Seminare mit den Werkleitern,
- c) die Beratungen mit dem Wissenschaftlich-Technischen Rat,
- d) die Beratungen mit der Aktivisten-Kommission,
- e) die Arbeitsgespräche bei den Abteilungsleitern,
- f) die Arbeitstagungen.

**a) Die Dienstbesprechungen bei dem Leiter der Hauptverwaltung**

Zur Vorbereitung und Durchführung seiner Aufgaben hat der Leiter der Hauptverwaltung mit seinen Stellvertretern und anderen leitenden Mitarbeitern regelmäßig Dienstbesprechungen durchzuführen. Darin sind in erster Linie Fragen der Planerfüllung nach Schwerpunkten, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit in der Hauptverwaltung und in den Betrieben sowie die Aufgaben zur Sicherung der Rentabilität zu behandeln. In Durchführung der Arbeitspläne der Hauptverwaltung sind Direktiven für die Tätigkeit der Betriebe vorzubereiten und der Leitung des Ministeriums vorzulegen. Besondere Bedeutung kommt der Jahresdirektive (Plan der Maßnahmen zur Durchführung des Volkswirtschaftsplanes) zu.

Die Ergebnisse jeder Dienstbesprechung sind protokollarisch festzuhalten. Ihre Durchführung ist in der nächsten Dienstbesprechung zu kontrollieren.

**b) Die Tagungen und Seminare mit den Werkleitern**

In jedem Quartal hat der Leiter der Hauptverwaltung mit den Leitern der ihm unterstellten Betriebe eine Arbeitstagung und ein Seminar durchzuführen. Darin sind die vordringlichen politischen und ökonomischen Aufgaben zu erörtern und die Werkleiter zur Durchführung ihrer Aufgaben anzuleiten. Die Ergebnisse jeder Tagung und jedes Seminars sind in einem Protokoll festzuhalten. Die Protokolle sind in den Dienstbesprechungen auszuwerten.

**c) Die Beratungen mit dem Wissenschaftlich-Technischen Rat**

Der Leiter der Hauptverwaltung hat mit den Mitgliedern seines Wissenschaftlich-Technischen Rates Beratungen nach den Vorschriften der Anordnung vom 4. November 1955 über die Bildung und die Tätigkeit der Wissenschaftlich-Technischen Räte der Hauptverwaltungen (GBl. II, S. 383) durchzuführen. Er ist verpflichtet, für die Auswertung der Beratungsergebnisse in seiner Hauptverwaltung und in den ihm unterstellten Betrieben und sonstigen Institutionen zu sorgen.

**d) Die Beratungen mit der Aktivisten-Kommission**

Der Leiter der Hauptverwaltung hat ferner Beratungen mit seiner Aktivisten-Kommission durch-

zuführen. Nach Durchführung von bestimmten Aufgaben der Fragen der Produktion und Arbeitsorganisation hat die Aktivistenkommission im Rahmen der Hauptverwaltung bzw. im Kollegium Bericht zu erstatten und entsprechende Vorschläge für die Verbesserung der Arbeit zu machen.

**e) Die Arbeitsbesprechungen bei den Abteilungsleitern**

Die Leiter der Abteilungen der Hauptverwaltung haben mit ihren Mitarbeitern regelmäßig Arbeitsbesprechungen durchzuführen. Darin sind die Aufgaben zu behandeln, die sich aus der Vorbereitung und Durchführung des Quartalsarbeitsplanes der Hauptverwaltung und aus den Dienstbesprechungen bei dem Leiter der Hauptverwaltung für die betreffende Abteilung ergeben. Zugleich hat der Abteilungsleiter die Erfüllung vorher gestellter Aufgaben durch seine Mitarbeiter zu kontrollieren und sie in ihrer weiteren Arbeit anzuleiten. In den Arbeitsbesprechungen ist auch der Planablauf in den Betrieben zu prüfen.

**f) Die Arbeitstagungen**

Mit Zustimmung des Leiters der Hauptverwaltung sind seine Stellvertreter und die Leiter der Abteilungen berechtigt, im Bedarfsfalle Arbeitstagungen mit bestimmten Gruppen von Funktionären der Betriebe (z. B. mit den Kaderleitern, den Planungsleitern, den Leitern der Abteilungen für Arbeit) durchzuführen. Solche Arbeitstagungen sind gründlich vorzubereiten, nach einer rechtzeitig aufgestellten Tagesordnung durchzuführen und nach protokollarischer Festlegung der Ergebnisse in dem betreffenden Arbeitsgebiet auszuwerten.

#### IV. Die Organisation der Arbeit

Die Hauptmittel für eine gute Organisation der Arbeit sind ein klar abgegrenzter Geschäftsverteilungsplan, regelmäßige Arbeitsunterweisungen und die genaue Festlegung der Anweisungs- und Zeichnungsbefugnis.

**1. Der Geschäftsverteilungsplan**

In dem Geschäftsverteilungsplan der Hauptverwaltung ist für jeden Mitarbeiter genau festzulegen, welche konkreten Aufgaben ihm obliegen und mit wem er seine Tätigkeit zu koordinieren hat. Der Geschäftsverteilungsplan ist von jedem Mitarbeiter sorgfältig einzuhalten. Der Leiter der Hauptverwaltung ist verpflichtet, in regelmäßigen Abständen die Geschäftsverteilung zu prüfen und den Erfordernissen entsprechend zu ergänzen oder zu ändern.

**2. Arbeitsunterweisung**

Auf der Grundlage des Geschäftsverteilungsplanes und des Quartalsarbeitsplanes ist jeder Mitarbeiter von seinem Vorgesetzten anzuleiten und hinsichtlich der Ausführung seiner Arbeit zu unterweisen. Dabei sind auch die Grenzen seiner Befugnisse klarzulegen. Jeder neu eingestellte Mitarbeiter ist von seinem Vorgesetzten in persönlicher Aussprache in sein Aufgabengebiet einzuführen. Dabei ist ihm eine Sammlung von Unterlagen auszuhändigen, auf deren Verwendung er in Ausübung seiner Tätigkeit ständig angewiesen ist.

**3. Anweisungs- und Zeichnungsbefugnis**

Anweisungen grundsätzlichen oder besonderen Inhalts an die Betriebe hat stets der Leiter der Hauptverwaltung oder im Falle seiner Abwesenheit sein Vertreter an den Werkdirektor oder Werkleiter zu geben. Die Leiter der Hauptabteilungen und Zentralen Abteilungen des Ministeriums haben gegenüber der Hauptverwaltung keine Weisungsbefugnis. Sie sind jedoch berechtigt und verpflichtet, der Hauptverwaltung in grundsätzlichen und methodischen Fragen anleitende Hinweise zu geben. Für die schriftliche Abgabe rechtsverbindlicher Erklärungen gilt das Prinzip der Einzelzeichnung. Jeder Unterschrift ist die Funktion des Zeichnenden hinzu-

**3. Die Kontrolle der Durchführung der festgelegten Aufgaben**

Zur konkreten Leitung und Anleitung des eigenen Kollektivs wie auch der unterstellten Einrichtungen gehört die wirksame Kontrolle der Durchführung der gestellten Aufgaben.

Als Mittel zur Organisation der Kontrolle haben die Feststellungen des Dispatcherapparates, die Angaben des statistischen Meldedienstes und die bei dem Leiter der Hauptverwaltung zu führende Kartei über die Beschlußkontrolle zu dienen.

Der Leiter der Hauptverwaltung, seine Stellvertreter und die Leiter der Abteilungen sind verpflichtet, in Verbindung mit der ihren Mitarbeitern und den unterstellten Einrichtungen gegebenen Anleitung deren Tätigkeit ständig zu kontrollieren.

Die Kontrolle der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen, der Beschlüsse des Ministerrates und des Kollegiums des Ministeriums, der Anweisungen und Verfügungen des Ministers, der Durchführung der Arbeitspläne und der Erfüllung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes auf der Verwaltungs- und auf der Produktionsebene hat ferner zu erfolgen in

den Dienstbesprechungen bei dem Leiter der Hauptverwaltung,  
den Arbeitsbesprechungen bei den Abteilungsleitern,  
den Beratungen mit der Aktivisten-Kommission.

Die Kontrolle der Durchführung von Beschlüssen hat bereits unmittelbar nach Beschlußfassung bzw. nach Bekanntgabe des betreffenden Beschlusses zu beginnen. In Verbindung mit dem Plan der Durchführung sind stets zugleich die Maßnahmen der Kontrolle festzulegen und die für die Kontrolle Verantwortlichen zu bestimmen.

zufügen. Bei Abwesenheit des Leiters der Hauptverwaltung zeichnet sein Vertreter mit dem Zusatz „In Vertretung“. Das gleiche gilt, wenn ein anderer leitender Mitarbeiter der Hauptverwaltung mit der Vertretung eines abwesenden Stellvertreters des Leiters der Hauptverwaltung beauftragt ist.

Grundsätzlich ist für jeden Mitarbeiter der Hauptverwaltung, der länger als einen Arbeitstag abwesend ist, einen Vertreter zu bestimmen, damit die Durchführung der Aufgaben keine Verzögerung erleidet.

**4. Vorbereitung von Vorlagen an den Minister, das Kollegium oder den Ministerrat**

Vorlagen dieser Art sind besonders sorgfältig unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen vorzubereiten, zu formulieren und zu begründen. Soweit erforderlich, haben der Leiter der Hauptverwaltung oder sein zuständiger Stellvertreter eine zweckmäßig zusammengesetzte Arbeitsgruppe mit der Vorbereitung einer Vorlage zu beauftragen. Sind bei der Vorbereitung andere Organe des Ministeriums zu beteiligen, so ist eine gewissenhafte Abstimmung mit diesen herbeizuführen.

**5. Volle Ausnutzung der Arbeitszeit und Besucherverkehr**

Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, die festgelegte Arbeitszeit einzuhalten und voll auszunutzen. Bei Erkrankung hat jeder Mitarbeiter dafür zu sorgen, daß seine Abteilung über den Grund seines Fernbleibens unverzüglich Nachricht erhält. Die ärztliche Bescheinigung über die krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit ist innerhalb von drei Tagen dem zuständigen Vorgesetzten zuzuleiten, der sie unverzüglich an die Abteilung Haushalt weiterzugeben hat.

Erholungsurlaub ist rechtzeitig vorher schriftlich zu beantragen. Zur ordnungsgemäßen Regelung der Urlaubsvertretung sind im ersten Quartal jedes Urlaubsjahres in jeder Abteilung Urlaubslisten aufzustellen. Die leitenden Mitarbeiter der Hauptverwaltung haben in ihrem Arbeitsbereich dafür zu sorgen, daß Besucher ohne langes Warten empfangen werden können. Grundsätzlich sollen Vertreter der Betriebe von ihnen beab-

sichtige Besuche vorher ankündigen und eine Terminvereinbarung treffen.  
 Falls ein Mitarbeiter für die betreffende Angelegenheit nicht zuständig ist, hat er den verantwortlichen Bearbeiter zu ermitteln und zu veranlassen, daß dieser unverzüglich mit dem Besucher verhandelt.

#### 6. Dienstreisen

Dienstreisen dürfen nur auf Grund eines schriftlichen Dienstauftrages durchgeführt werden. Zur Erteilung

solcher Aufträge sind nur der Leiter der Hauptverwaltung und seine Stellvertreter befugt. In dem Auftrag sind Gegenstand, Ziel und zeitlicher Umfang der Dienstreise genau festzulegen. Die Durchführung jeder Dienstreise ist sorgfältig vorzubereiten. Über das Ergebnis der Dienstreise ist der Vorgesetzte sogleich zu unterrichten. Soweit erforderlich, sind die Ergebnisse auch schriftlich festzuhalten. Mit der fachlichen Aufgabenstellung für die Dienstreisen sollen in der Regel bestimmte politische Aufträge verbunden werden.

### V. Der Geschäftsgang

#### 1. Einhaltung der Termine

Zu einem einwandfreien und rationellen Geschäftsablauf gehört die genaue Einhaltung der für die einzelnen Arbeitsvorgänge gestellten Fristen und Termine. Deshalb hat jeder Mitarbeiter strenge Termindisziplin zu wahren. Zur Kontrolle der Einhaltung regelmäßig wiederkehrender wie auch besonders festgelegter Termine sind geeignete Hilfsmittel (Terminkalender, Terminkarteien, Wiedervorlegemappen) zu verwenden.

#### 2. Verwaltung und Kennzeichnung der Vorgänge

Jeder Abteilungsleiter hat für seine Abteilung auf der Grundlage des Geschäftsverteilungsplanes einen Aktenplan aufzustellen. In diesem ist die Einordnung der Vorgänge nach Sachgebieten oder nach den am Schriftverkehr teilnehmenden Organen und Einrichtungen festzulegen. Jedes ausgehende Schreiben ist gemäß diesem Aktenplan zu kennzeichnen (Aktenzeichen), damit bei Eingang der Rückäußerung sogleich erkennbar ist, auf welchen Vorgang sich die Antwort bezieht. Die einzelnen Akten müssen das im Aktenplan festgelegte Zeichen tragen, so daß jeder Vorgang schnell

auffindbar ist. Die Gesamtvorgänge sind dezentralisiert bei dem Leiter der Hauptverwaltung, bei seinen Stellvertretern und bei den Leitern der Abteilungen zu führen. Soweit erforderlich, kann eine weitere Dezentralisation innerhalb der Abteilungen erfolgen.

#### 3. Postverkehr

Eingänge sind über die Poststelle des Ministeriums grundsätzlich dem Sekretariat des Leiters der Hauptverwaltung zuzustellen. Eingänge, aus denen die Anschrift der zuständigen Abteilung erkennbar ist, kann das Sekretariat sogleich an den Leiter dieser Abteilungen weitergeben. In den Sekretariaten des Leiters der Hauptverwaltung und seiner Stellvertreter wie auch bei den Abteilungsleitern ist ein Posteingangs- und Postausgangsbuch für wichtige Vorgänge zu führen, damit sich der Zeitpunkt des Einganges, der Bearbeiter und die Erledigung der Sache schnell und zuverlässig feststellen lassen. Vertreter von Betrieben, welche ausgehende Post persönlich in Empfang nehmen, haben sich dabei auszuweisen. Den Empfang wichtiger Vorgänge haben sie schriftlich zu bestätigen.

### VI. Wachsamkeit und Geheimhaltung

Jeder Mitarbeiter der Hauptverwaltung hat stets daran zu denken, daß Gegner unseres Arbeiter- und Bauern-Staates häufig versuchen, unseren Aufbau zu stören, wobei sie sich der verschiedensten Mittel bedienen. Deshalb darf die Wachsamkeit niemals und nirgends außer acht gelassen werden.

Zur Einhaltung der Wachsamkeit gehört, daß Schriftstücke, Arbeitsunterlagen usw. stets verschlossen aufzubewahren sind und jedes Arbeitszimmer beim Verlassen abzuschließen ist. Besucher dürfen in den Arbeitszimmern nicht allein gelassen werden. Schriftstücke, Stenogramme, Kohlepapier, die vernichtet werden sollen, dürfen nicht als Konzeptpapier benutzt oder in den Papierkorb geworfen werden. Grundsätzlich hat sich jeder Besucher auszuweisen, bevor ihm Auskünfte erteilt werden. Akten und Arbeitsunterlagen dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung des Leiters der Hauptverwaltung mit nach Hause genommen werden. Besondere Vorsicht ist bei Telefongesprächen geboten. Das gilt vor allem bei Anrufen unbekannter Personen. Bei solchen Anrufen hat sich der betreffende Mitarbeiter durch Gegenruf darüber Gewißheit zu verschaffen, wer mit ihm zu sprechen wünscht. Vertrauliche Auskünfte dürfen telefonisch nicht erteilt werden. In den Dienst- und Arbeitsbesprechungen sind Fragen der Wachsamkeit in regelmäßigen Abständen als be-

sonderer Gegenstand der Tagesordnung zu behandeln. Dabei hat der Leiter der Besprechung anhand besonderer Ereignisse oder von Verstößen gegen das Prinzip der Wachsamkeit Anleitung zur ständigen Verbesserung des Verhaltens der Mitarbeiter zu geben.

Verschlusssachen dürfen nur nach den hierfür geltenden besonderen Vorschriften behandelt und aufbewahrt werden. Jeder Mitarbeiter, der mit Verschlusssachen zu tun hat, hat sich streng an diese Vorschriften zu halten, um das Höchstmaß an Sicherheit und Geheimhaltung zu gewährleisten.

Alle Mitarbeiter, die mit der Herstellung und Bearbeitung von Verschlusssachen beauftragt werden, sind ausdrücklich zur Geheimhaltung zu verpflichten und über die strafrechtlichen Folgen der Verletzung dieser Verpflichtung zu belehren.

Dienstiegel sind als Verschlusssachen im Panzerschrank aufzubewahren und nach Gebrauch jeweils sofort wieder einzuschließen. Sie dürfen nur von dem leitenden Mitarbeiter verwendet werden, der zur Führung des Dienstiegels berechtigt ist.

Mitarbeiter, die mit Verschlusssachen zu tun haben, müssen jederzeit in der Lage sein, diese Vorgänge der Verschlusssachenabteilung des Ministeriums zur Inventur vorzulegen.

### VII. Schlußbestimmungen

Diese Arbeitsordnung ist für die Mitarbeiter der Hauptverwaltungen verbindlich. Jedem Mitarbeiter ist ein Exemplar der Arbeitsordnung auszuhändigen. Neu eintretenden Mitarbeitern ist die Arbeitsordnung bei Dienstantritt zu übergeben. Jeder ausgeschiedene Mitarbeiter ist verpflichtet, sein Exemplar der Arbeitsordnung an die Kaderabteilung zurückzugeben. Der Leiter der Hauptverwaltung hat die Arbeitsordnung

zu Beginn eines jeden Jahres zu überprüfen und den Erfordernissen entsprechend zu ergänzen oder zu ändern.

Berlin, den 25. Februar 1956

Ministerium für Kohle und Energie  
 (G o s c h ü t z)  
 Minister